

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	66 (1987)
Heft:	4
Artikel:	SPD : Hans-Jochen Vogel muss die Flügelkämpfe verhindern : was kommt nach Willy Brandt?
Autor:	Hartmann, Horst
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340475

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- eine «Wust» auf Lebensmitteln von vier Prozent,
- einen Zuschlag zur direkten Bundessteuer,
- «Landschafts-Vignette»,
- Abgabe auf Kulturlandverluste (bei Überbauungen) von 10 Prozent des Land-Erlöses.
- Energiesteuer (0,5 Rappen pro kWh, 5 Rappen pro kg Erdölprodukt).
- Belastung von umweltgefährdenden landwirtschaftlichen Produktionsmitteln (Dünger, importierte Futtermittel, chemische Hilfsstoffe usw.).
- Treibstoffzoll; teilweise Verwendung für die Berglandwirtschaft statt nur für den Straßenbau.

Die genauen Ausführungen finden sich im Bericht der SAB. Direkte Massnahmen zugunsten der Berglandwirtschaft allein genügen allerdings nicht. Wird die bergbäuerliche Produktion allzu sehr intensiviert, so entstehen auch im Berggebiet ökologische Probleme. Deshalb sind auch ausserlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten nötig, aber solche, die sich gut mit der Landwirtschaft kombinieren lassen und nicht die ganze Bauernfamilie überfordern.

Aufbauhilfe und Solidarität

Damit kommen wir zum letzten Punkt: Es braucht da und dort auch eine gezielte, spontane, unkomplizierte Hilfe. Dabei muss die Sozialhilfe mehr und mehr zur umfassenden Aufbauhilfe werden («Fischernetze statt Fische»!), das kann bedeuten, dass sich auch die «klassischen» Hilfswerke, wie die Pro Juventute zum Beispiel, mit dem Problem der Schaffung von geeigneten Kombinations-Arbeitsplätzen befassen müssen. Apropos Arbeitsplätze: In vielen Berggegenden fehlen ja nicht nur diese Kombinationsmöglichkeiten für Bauern, sondern es fehlen gute Arbeitsplätze überhaupt!

Diese direkte Hilfe muss erfolgen aus der Einsicht heraus, dass die Berg- und Kleinbauern nicht schuld sind an ihrer Armut. Diese Einstellung heisst

Solidarität. Solidarität auch innerhalb der Minderheit aller Bewohner unserer Bergtäler - Bauern und Nichtbauern - ist nötiger denn je!

SPD: Hans-Jochen Vogel muss die Flügelkämpfe verhindern

Was kommt nach Willy Brandt?

Eine Analyse von Horst Hartmann

Die Irritationen in der SPD vor, während und nach der letzten Bundestagswahl im Januar, haben mit dem Fall Mathiopoulos und den dadurch ausgelösten vorzeitigen Rücktritt des Parteivorsitzenden Willy Brandt ihren Höhepunkt und vermutlich ihren Abschluss gefunden. Die nicht gerade glücklich zu nennende Entscheidung Brandts für eine krasse Aussenreiterin als Pressesprecherin hätte unter anderen Aspekten - nämlich bei einer Regierungsmehrheit der SPD - vielleicht sogar Beifall für eine mutige, unkonventionelle Entscheidung gefunden. Aber eine Oppositionspartei kann sich keine Dilettantin als Pressesprecherin leisten. Da sich die SPD überdies in einem Stimmungstief befindet, brachte die Griechin, dieses ahnungslose Küken, das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen.

Die Überzeugung breitete sich immer mehr aus, Willy Brandt lasse die Zügel schleifen. Deshalb wandte sich der Unmut vieler prominenter Sozialdemokraten gegen ihn. Es zeigte sich wieder einmal, dass ein überragender Politiker und Staatsmann selten den richtigen Zeitpunkt für seinen Rücktritt einschätzen kann. Willy Brandt wollte zwar im Frühsommer 1988 zurücktreten. Aber die Zeit arbeitete offensichtlich

schon jetzt gegen ihn. Hans-Jochen Vogel hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, dass Äusserungen über Brandt fielen, die mit dem Gefühl der Würde und mit sozialdemokratischer Solidarität nichts mehr zu tun haben. Was sich einige Parteirechte gegenüber Willy Brandt geleistet haben, ist erschreckend. Hans Apels Parole: «BMW-Brandt muss weg» hört sich wie eine rechtsradikale Parole an!

Verfolgt man übrigens die Einzelheiten des Falles Mathiopoulos, so muss man die Frage stellen, warum die Mitglieder des Parteivorstandes Willy Brandt nicht zu einer Meinungsänderung bewogen, zumal er dazu bereit war. Willy Brandt jetzt zum Sündenbock zu stempeln, wäre mehr als unfair, zumal er mit seinem freiwilligen Rücktritt als Parteivorsitzender im Juni Platz für Hans-Jochen Vogel als Nachfolger macht. Aber er hätte einen glücklicheren Abschluss seiner politischen Laufbahn verdient. Deshalb ist auch zu befürchten, dass sein Rücktritt bei den Parteimitgliedern und Wählern Apathie, Enttäuschung, Trauer und Wut auslöst, was sich bei den anstehenden Landtagswahlen katastrophal auswirken kann.

Das einzige Positive in diesem Verwirrspiel um eine junge Griechin, die sich übrigens vor

zwei Jahren in einem Bonner Bundesministerium bewarb, sich also der CDU andiente, liegt darin, dass der Parteivorstand durch rasche Entscheidungen das Steuer herumwarf und mit Hans-Jochen Vogel unbestreitbar die ideale Integrationsfigur zwischen den Flügeln, Gruppen und Grüppchen als Parteivorsitzenden vorschlug. Vogel erhielt 32 von 34 Stimmen! Er wird weiterhin als Fraktionsvorsitzender die Rolle des Oppositionsführers im Parlament übernehmen. Das einzige was diesem systematischen Arbeiter fehlt, ist die charismatische Ausstrahlung. Ihm zur Seite stehen Johannes Rau und neuerdings ab Juni Oskar Lafontaine, Ministerpräsident des Saarlandes. Er gilt trotz des Widerstandes von Parteirechten als kommender Kanzlerkandidat und Wahlkampflokomotive. Sein einziges Handicap besteht darin, dass er an der Spitze jenes Bundeslandes steht, das als Armenhaus der Republik gilt.

Auch Politologen sind ratlos

Die gegenwärtig weit verbreitete Ratlosigkeit im Lager der demokratischen Linken muss durch entsprechende Konzepte überwunden werden. Dabei geht es nicht in erster Linie um utopische Fernziele, sondern um mehrheitsfähige Strategien, energische Offensiven gegen die Wahrheitsansprüche der Konservativen. Ob von den Akademikern da grosse Hilfe zu erwarten ist, erscheint zweifelhaft. Auf einem Symposium aus Anlass des 65. Geburtstages des Politologen Iring Fetscher bekundeten mehrere Wissenschaftler offen ihre Ratlosigkeit. Nach Auffassung des Historikers Hans Mommsen ist es versäumt worden, Bedürfnisse nach einer neuen Gemeinsamkeit zu erkennen. Angesichts eines immer mehr verblassenden

allgemeinen Fortschrittoptimismus fehle jetzt offenbar der zündende Funke.

Da der klassische Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit durch den Sozialstaat gemildert worden ist – ein Verdienst der SPD –, hat ein Tatbestand an Wert verloren, der ein Jahrhundert lang die Massen mobilisieren und solidarisieren konnte, wie eine andere These auf dem Symposium lautete. Die neuen Gegensätze wie Mensch und Natur, Individuum und Kollektiv, sind dagegen auch für konservative Deutungen offen. Diese Einschätzung erscheint richtig. Doch bislang konnte beispielsweise noch kein Politologe erklären, warum bei den Wahlen zwar die radikal-alternativen Grünen inzwischen zehn Prozent der Stimmen erzielen und ein Wählerpotential von 20 Prozent ansprechen, während die wertkonservative ökologische Partei des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl in der Öffentlichkeit kaum Resonanz findet. Die SPD muss der Union das modische Mäntelchen Umweltschutz von den Schultern reissen, denn die Rettung der Natur endet für Konservative stets dann, wenn die Industrie nah dem Verursacherprinzip zur Kasse gebeten werden müsste.

Verändertes Wählerverhalten

Die Situation lässt sich durch einen Rückblick auf das Wählerverhalten und den Wandel der Wählerentscheidungen ausloten. Der Übergang von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft bietet da wichtige Rückschlüsse. Die neue Gesellschaft weist eine verwirrende Vielfalt von sozialen Verhaltensmustern auf. Diese Veränderungen betreffen nicht nur die SPD, sie gelten auch für die Union. Resignation im linken Lager ist deshalb

nicht angebracht. Geschrumpft ist nicht nur die Zahl der Industriearbeiter, auch die bäuerliche Erwerbsgesellschaft ist seit 1945 in einem beängstigenden Masse dezimiert worden. Ähnliches gilt auch für selbständige Handwerker und noch stärker für den Einzelhandel, der im Zuge der Kapitalkonzentration in Handelsketten eines Tages ausgerottet sein dürfte, jedenfalls was die «Tante-Emma-Läden» betrifft. Erschwerend kommt für die Union hinzu, dass der Einfluss der katholischen Kirche als Wahlhelfer immer mehr zurückgegangen ist und unter den evangelischen Pastoren eine Mehrheit zugunsten der Friedensbewegung und neuer sozialer Ideen gut zu erkennen ist. In den siebziger Jahren fanden Kreise zur SPD, die aus einem kleinbürgerlichen, rechten Lager kamen, konfessionell gebundene Arbeiter, berufstätige Frauen, kleine und mittlere Angestellte, schliesslich auch leitende Angestellte und Freiberufler. Doch in den achtziger Jahren setzte zunächst bei Kommunalwahlen, später auch bei Bundestagswahlen ein allmählicher Abwärtstrend ein. Bei den Bundestagswahlen im Januar 1987 erlitt die SPD ausgerechnet in Grossstädten, den ehemaligen Hochburgen, erhebliche Verluste. Parallel dazu verlief der Aufstieg der Grünen, die vor allem überdurchschnittlich gebildete junge Wähler aus den Hundiensbereichen anziehen.

Grüne Realos und SPD

Grüne Wähler zeigten stets grosse Aufgeschlossenheit für die klassische Arbeiterpartei SPD. Bei Umfragen ist die Zahl derjenigen Grünen, die eine Koalition mit der SPD befürworten, höher als umgekehrt bei der SPD die Zahl derjenigen, die Koalitionen mit den Grünen anstreben. Trotz aller

bisherigen Enttäuschungen und Turbulenzen auf Landesebene, wie in Hessen oder Hamburg, bleiben die Grünen die einzigen Bundesgenossen für die SPD. Das gilt jedenfalls für die «Reals». Auf der anderen Seite hat sich inzwischen ein fester Bürgerblock etabliert. CDU, CSU und FDP sind sich trotz grosser Differenzen in Einzelfragen darüber einig, dass nur ein geschlossener Bürgerblock ein unbeschränktes Profitstreben ermöglicht.

Programmatischer Rückstand

Oskar Lafontaine hat diese Situation ebenso erkannt, wie zuvor schon Willy Brandt, und Parteirechte wie Hermann Rappé, Boss der Industriegewerkschaft Chemie, müssen sich darüber im klaren sein, dass eine reine Gewerkschaftspartei mit etwa 30 Prozent der Wählerstimmen keine Chance besitzt, jemals die Regierungs geschäfte mitzubestimmen. Oskar Lafontaine wies darauf hin, dass mit dem Abschwung der Konjunktur ein Stimmungsumschwung einsetzen wird. Konservative Rezepte werden daher auf grosse Skepsis stossen, obwohl auch Lafontaine zur marktwirtschaftlichen Ausrichtung keine Alternative sieht. Aber in Teilbereichen, bei technischen Innovationen oder umweltbeeinträchtigenden Herstellungsverfahren, ist der Staat gefordert, Rahmenrichtlinien zu schaffen.

Das gilt vor allem auf dem Energie- und im Montansektor, weil dort kein funktionierender Markt mehr existiert. Die SPD hat Profilierungschancen, da Liberale und Konservative einem quantitativen Wachstumsdenken verfallen sind und die Grünen Gefahr laufen, die industrielle Produktion mehr als nötig zu drosseln. Das Beispiel der Grünen, die eine beachtliche gesellschaftliche Schicht re-

präsentieren, zeigt: «Ein wachsender Teil der Dienstleistungsgesellschaft lehnt sich gegen die unbewältigten Negativfolgen des Industrialismus auf.» Lafontaine kommt zu einer Art von Konvergenztheorie der Parteipolitik: «Ist die SPD ein kritisches Kind der kapitalistischen Industriegesellschaft, so sind die Grünen ein kritisches Kind der Dienstleistungsgesellschaft. Die SPD konnte bisher den alternativen Protest nicht auffangen und kanalisieren, weil sie selbst noch zu sehr den politischen und gesellschaftlichen Denk- und Verhaltensmustern der herkömmlichen Industriegesellschaft verhaftet blieb und den neuen Entwicklungen nicht einmal programmatisch vorgegriffen hat.»

Als Reformpartei muss sich die SPD also vordringlich mit neuen Tendenzen auseinandersetzen, gemeinsame Antworten mit den Grünen scheinen unausweichlich, trotz mannigfaltiger psychologischer Barrieren, Lafontaine greift die These Erhard Epplers auf, der den Konservativen den Begriff konser-

vativ streitig macht, wenn es um Lebensgrundlagen der Menschen geht. Gelingt es den Sozialdemokraten, diese Erkenntnisse der Öffentlichkeit plausibel zu machen, kann sie den Popularitätsverlust zumindest langfristig wettmachen und geht mit soliden Aussichten in die Ära Vogel, der sich ja keineswegs als Parteivorsitzender auf Abruf versteht. Ihm zur Seite steht Anke Fuchs als neue SPD-Bundesgeschäftsführerin. Die Tochter des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Paul Nevermann zählt zur Parteimitte. Die Expertin für Sozialpolitik steht aber in der Sozial- und Wirtschaftspolitik nach eigenem Bekunden «ganz links». Mit imponierendem Schneid hat sie sich auf eigene Faust um den durch Peter Glotz frei werdenden Posten beworben und selbstbewusst durchblicken lassen, dass sie an operativen Führungsaufgaben teilhaben will. Außerdem ist sie sich darüber im klaren, dass die Organisation der Partei aufgemöbelt werden muss, wenn die SPD gegenüber der DCU nicht ins Hintertreffen geraten will.

Wie lange fahren die Grünen mit der SPD schlitten?

Der Klärungsprozess ist fällig

Von Hermann Scheer, Bonn

Wird gegenwärtig von der SPD gesprochen, dann nicht von ihren programmatischen Schwerpunkten. Thema Nummer eins in der und über die SPD ist ihr Verhältnis zu den Grünen. Eine existentielle Zerreissprobe der SPD wird herbeigeredet. Die über ihr Verhältnis zu den Grünen heillos zerfledderte SPD – das ist es, was sich Union, FDP sowie Grüne selber wünschen;

damit das SPD-Wählerpotential schliesslich Steinbruch zur Erhöhung des Wähleranteils der Konkurrenten wird.

Das Absurde an dieser Situation: Bei gründlicher Betrachtung dürfte es für die SPD keine Verlassung geben, wegen des künftigen Verhältnisses zu den Grünen einen innerparteilichen Richtungsstreit aufzuzäumen. Dies gilt auch für die